

Inhaltsübersicht

Inhaltsübersicht	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Literaturverzeichnis	XIX
§ 1 Einleitung	1
§ 2 Zeitlicher Geltungsbereich der Art. 248–248a revStPO	15
§ 3 Sachlicher Geltungsbereich	17
§ 4 Persönlicher Geltungsbereich	39
§ 5 Informations- und Abklärungspflichten der Strafbehörden	49
§ 6 Der Siegelungsantrag	57
§ 7 Siegelung von Amtes wegen?	69
§ 8 Vorgehen der Strafbehörden im Falle eines ungültigen Siegelungsantrags	73
§ 9 Wirkungen eines gültigen Siegelungsantrags und Vorgehen der Strafbehörden	75
§ 10 Das Entsiegelungsbegehren	95
§ 11 Das Entsiegelungsverfahren	107
§ 12 Materielle Entsiegelungsvoraussetzungen und mögliche Einwände gegen die Entsiegelung	173
§ 13 Rechtsmittel	251
§ 14 Erfolgte Entsiegelung (oder keine Siegelung): Und dann?	273
§ 15 Bindungswirkung, Zulässigkeit einer erneuten Sicherstellung und Überprüfungsmöglichkeiten im Hauptverfahren	277
§ 16 Weitere Hinweise	287
Sachregister	297

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Literaturverzeichnis	XIX

§ 1 Einleitung	1
I. Vorbemerkungen zum Werk.....	1
II. Die Siegelung auf einen Blick.....	2
III. Rechtsgrundlagen.....	3
IV. (Un-)Sinn der Siegelung.....	6
V. Kernanliegen der involvierten Parteien.....	8
A. Strafverfolgungsbehörden.....	8
B. Berechtigte Personen und deren Rechtsanwälte.....	8
C. Beschuldigte Personen.....	9
D. Privatklägerschaft.....	9
E. Entsigelungsrichter.....	9
VI. Historische Genese der Siegelung.....	10
VII. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen (rev)StPO einerseits und IRSG, VStrR und MStP andererseits im Überblick.....	13
§ 2 Zeitlicher Geltungsbereich der Art. 248–248a revStPO	15
§ 3 Sachlicher Geltungsbereich	17
I. «Aufzeichnungen» und «Gegenstände».....	17
II. «Durchsuchung» und «Beschlagnahme».....	18
A. Hausdurchsuchung sowie Durchsuchung von Personen und Gegenständen.....	18
1. Von der «vorläufigen Sicherstellung» über die Durchsuchung zur Beschlagnahme.....	18
2. Sicherstellung elektronischer Informationen anlässlich einer Hausdurchsuchung.....	21
B. Edition.....	22
C. Direkte Sicherstellung elektronischer Daten.....	23
D. Aktenbeizug und nationale Rechtshilfe.....	25
E. Einvernahmeprotokolle, schriftliche Berichte und Auskünfte.....	29
F. Strafanzeige und weitere durch die Parteien freiwillig vorgelegte Unterlagen.....	30
G. Internationale Rechtshilfe.....	32
III. Abgrenzung zur Beschwerde nach Art. 393 ff. StPO.....	33
IV. Abgrenzung zur geheimen Überwachungsmaßnahme.....	35
§ 4 Persönlicher Geltungsbereich	39
I. Übersicht über die siegelungsantragsberechtigten Personen.....	39
II. Inhaber.....	40
III. Berechtigte Person.....	43
IV. Kasuistik/Fallgruppen.....	45

§ 5 Informations- und Abklärungspflichten der Strafbehörden	49
I. Informationspflicht im Allgemeinen.....	49
II. Information des Inhabers	52
III. Abklärungs- und Informationspflicht hinsichtlich weiterer berechtigter Personen	52
§ 6 Der Siegelungsantrag	57
I. Frist.....	57
A. Dauer	57
1. «Unverzüglich» nach StPO, IRSG, MStP und VStrR	57
2. Drei Tage nach revStPO.....	59
B. Fristbeginn und -ende	59
C. Schwebezustand während Fristenlauf nach revStPO	61
D. Ausschluss der Siegelung nach bereits erfolgter Durchsuchung.....	62
II. Form	63
III. Begründungspflicht.....	64
IV. Bindungswirkung des Siegelungsantrags.....	66
V. Rückzug des Siegelungsantrags	67
VI. Exkurs: (Zivil-)rechtliche Pflicht des Inhabers zur Siegelung?.....	67
§ 7 Siegelung von Amtes wegen?.....	69
§ 8 Vorgehen der Strafbehörden im Falle eines ungültigen Siegelungsantrags	73
§ 9 Wirkungen eines gültigen Siegelungsantrags und Vorgehen der Strafbehörden	75
I. Pflicht zur plastischen Versiegelung.....	75
II. Durchsuchungsverbot und Ausnahmen.....	77
A. Grundsätzliches Durchsuchungs- und Verwertungsverbot.....	77
B. Zulässigkeit der Grobtriage bzw. Grobsichtung	77
C. Zulässigkeit von Not-Durchsuchungen	80
D. Folgen unzulässiger Durchsuchung	81
III. Verbot der Umgehung der Siegelung durch Beizug aus anderen Quellen	82
IV. Zulässigkeit der Anfertigung von Kopien (Spiegelung) trotz gültigem Siegelungsantrag.....	83
V. Stellung eines Entsiegelungsbegehrens oder Rückgabe der Aufzeichnungen	90
VI. Zulässigkeit der «vor-» bzw. «ausserprozessualen» kooperativen Triage	91
§ 10 Das Entsiegelungsbegehren	95
I. Sachliche und örtliche Zuständigkeit.....	95
II. Form	96
III. Bezeichnung der Gesuchsgegner	96
IV. Anträge	97
V. Frist.....	98
A. Zwingende gesetzliche Frist von 20 Tagen (StPO).....	98
B. Fristen nach IRSG, VStrR und MStP	100
C. Folgen des Fristablaufs: Herausgabe und erneute Sicherstellung	100
VI. Begründung	102
VII. Beilagen.....	104

VIII. Bindungswirkung des Entsiegelungsbegehrens.....	106
IX. Rückzug des Entsiegelungsbegehrens.....	106
§ 11 Das Entsiegelungsverfahren	107
I. Überblick über den Ablauf des Entsiegelungsverfahrens	107
II. Örtliche und sachliche Zuständigkeit.....	109
A. StPO	109
B. VStrR.....	109
C. IRSG.....	110
D. MStP.....	110
E. Zuständigkeit bei überlappenden Verfahren	110
III. Parteien und gerichtliche Informationspflichten	112
IV. Summarische Vorprüfung des Entsiegelungsbegehrens	115
V. Zustellung des Entsiegelungsbegehrens zur Stellungnahme	115
VI. Gewährung der Akteneinsicht.....	117
A. An den Siegelungsantragsteller	117
B. An die Strafuntersuchungsbehörde.....	119
VII. Rüge- und Substantiierungspflichten der Gesuchsgegner, Offizialprinzip und Kognition des Entsiegelungsrichters.....	121
A. Rügepflicht.....	121
B. Substantiierungsobliegenheit.....	121
C. Weitergehende Mitwirkungspflichten?.....	129
D. Offizialprinzip bei offenkundigen Geheimnissen	131
E. Kognition des Entsiegelungsrichters	131
VIII. Sofortiger Entscheid in liquiden Fällen innert 10 Tagen oder Vorladung zur mündlichen Verhandlung innert 30 Tagen nach revStPO.....	132
A. Entscheid in klaren Fällen	132
B. Vorladung zur mündlichen Verhandlung und prozessleitende Verfügung.....	133
IX. Mündliche (Triage-)Verhandlung	136
A. Anspruch auf eine mündliche Verhandlung?.....	136
B. Zeitpunkt, Inhalt und Ablauf der Verhandlung.....	137
C. Zur richterlichen Triage im Besonderen	138
1. Im Allgemeinen.....	138
2. Unzulässige Delegation der Triage vs. zulässige Auflage an die Untersuchungsbehörde	139
3. Beizug von Sachverständigen.....	141
4. Aufbereitung und Triage von umfangreichen Datenmengen im Besonderen	144
5. Umgang mit Zufallsfunden	148
X. Entscheid	150
A. Form und Inhalt	150
B. Frist für den Entsiegelungsentscheid	150
C. Begründungsdichte und Anspruch auf rechtliches Gehör.....	153
D. Dispositiv	155
E. Eröffnung	158
XI. Kosten und Entschädigung	158
XII. Vollzug.....	160
XIII. Wiedererwägung eines Entsiegelungsentscheids	161

§ 12 Materielle Entsiegelungsvoraussetzungen und mögliche

Einwände gegen die Entsiegelung	163
I. Überblick	163
II. Allgemeine Voraussetzungen	164
A. Einzig Berücksichtigung von offensichtlichen Beweisverwertungs- verboten und Entsiegelungshindernissen	164
B. Strafanwendungsrecht und Zuständigkeit.....	166
C. Hinreichender Tatverdacht	166
D. Zulässigkeit der zugrunde liegenden Zwangsmassnahme	170
1. Hausdurchsuchung sowie Durchsuchung von Personen und Gegenständen	170
2. Editionsverfügung	173
E. Deliktzusammenhang und potentielle Beweiserheblichkeit.....	174
1. Im Grundsatz.....	174
2. Sachliche Beschränkung.....	180
3. Zeitliche Beschränkung.....	183
F. Verhältnismässigkeit der Entsiegelung und Durchsuchung.....	186
1. Grundsatz	186
2. Geeignetheit	186
3. Erforderlichkeit bzw. das Fehlen milderer Massnahmen.....	187
4. Angemessenheit	188
5. Verhältnismässigkeit bei nichtbeschuldigten Dritten im Besonderen.....	190
6. Verhältnismässigkeit der Art der Sicherstellung und des Umfangs der Entsiegelung	191
G. Prozesshindernisse und fehlende Prozessvoraussetzungen.....	192
H. Sonstige Gründe	193
1. «Ne bis in idem»	193
2. Aufwand und Kosten.....	193
3. Selbstbelastungsverbot («nemo tenetur»).....	194
4. Verletzung des Beschleunigungsgebots	195
5. Unterbindung der Beweiserhebung	195
III. Geheimnisinteressen	196
A. Überblick.....	196
B. Allgemeine Voraussetzungen	197
1. Geheimnisbegriff.....	197
2. Persönlicher Geltungsbereich.....	198
3. Nur betreffend eigene Geheimnisse	199
4. Substantiierungsobliegenheit.....	200
5. «Unterlagen», «Aufzeichnungen und Korrespondenz» sowie «Gegenstände und Unterlagen», die «aus dem Verkehr» stammen.....	200
6. «Ungeachtet des Ortes, wo sie sich befinden»	201
7. «Ungeachtet [...] des Zeitpunkts, in welchem sie geschaffen werden».....	203
8. Besonderheiten, wenn der Berufsgeheimnisträger (mit-)beschuldigt ist	204
9. Schranke des Rechtsmissbrauchsverbots.....	205
C. Art. 264 Abs. 1 lit. a StPO: Unterlagen aus dem Verkehr der beschuldigten Person mit ihrer Verteidigung.....	206

D.	Art. 264 Abs. 1 lit. b StPO: Persönliche Aufzeichnungen und Korrespondenz der beschuldigten Person, falls ihr Interesse am Schutz der Persönlichkeit das Strafverfolgungsinteresse überwiegt.....	208
E.	Art. 264 Abs. 1 lit. c StPO: Gegenstände und Unterlagen aus dem Verkehr der beschuldigten Person mit Personen, die nach den Art. 170–173 StPO das Zeugnis verweigern können	210
	1. Geltungsbereich.....	210
	2. Durchbrechung bei (mit-)beschuldigten Berufsheimnisträgern	211
	3. Art. 170 StPO: Amtsheimnis	211
	4. Art. 171 StPO: Berufsheimnis	214
	aa) Durchbrechung des Berufsheimnisses bei Entbindung sowie im Fall einer Anzeigepflicht (Art. 171 Abs. 2 StPO).....	214
	aaa) Entbindung.....	214
	bbb) Anzeigepflicht.....	217
	bb) Geistliche	219
	cc) Rechtsanwälte, Notare und Patentanwälte	220
	aaa) Überblick	220
	bbb) Definitionen Rechtsanwalt, Patentanwalt und Notar.....	221
	ccc) Anwaltstypische Tätigkeit.....	223
	ddd) Geschützte Dokumente	229
	eee) Triage von elektronischer Anwaltskorrespondenz im Besonderen	233
	dd) Ärzte, Zahnärzte, Chiropraktiker, Apotheker und Psychologen.....	236
	ee) Hilfspersonen.....	239
	5. Art. 172 StPO: Quellenschutz der Medienschaffenden	240
	6. Art. 173 StPO: Weitere Geheimhaltungspflichten.....	242
	aa) Überblick	242
	bb) Fabrikations- und Geschäftsheimnis im Besonderen.....	244
	cc) Bankheimnis im Besonderen.....	246
F.	Art. 264 Abs. 1 lit. d StPO: Gegenstände und Unterlagen aus dem Verkehr einer anderen Person mit ihrer Anwältin oder ihrem Anwalt, sofern die Anwältin oder der Anwalt nach dem Anwaltsgesetz vom 23. Juni 2000 zur Vertretung vor schweizerischen Gerichten berechtigt ist.....	247

§ 13 Rechtsmittel 251

I.	Überblick.....	251
II.	Beschwerde an das Bundesgericht (StPO und VStrR).....	252
	A. Keine «double instance».....	252
	B. Beschwerde in Strafsachen an die 1. öffentlich-rechtliche Abteilung	253
	C. Entsiegelungsentscheide als Zwischenentscheide i.S.v. Art. 93 Abs. 1 BGG sowie Teilentscheide i.S.v. Art. 91 lit. b BGG	254
	D. Eintretensvoraussetzungen	254
	1. Kognition	254
	2. Frist	255
	3. Schriftlich, begründet und mit Anträgen	255
	4. Kostenvorschuss.....	256
	5. Beschwerdelegitimation (Art. 81 Abs. 1 BGG).....	257

6. Nicht wieder gutzumachender Nachteil bei Zwischenentscheiden (Art. 93 Abs. 1 lit. a BGG).....	259
aa) Überblick	259
bb) Verfahrensanleitende Anordnungen, Teilentscheide und hybride Entsigelungsentscheide	259
cc) Seitens des Inhabers bzw. der berechtigten Person	260
dd) Seitens der Strafverfolgungsbehörden	264
ee) Seitens nicht geheimnisberechtigter Privatklägerschaft und nicht geheimnisberechtigter beschuldigter Person	267
E. Aufschiebende Wirkung.....	267
F. Vereinigung.....	268
G. Noven	269
H. Beschwerdegründe	269
I. Aufforderung zur Vernehmlassung	270
J. Entscheidung	271
K. Kosten und Entschädigung	272
§ 14 Erfolgte Entsigelung (oder keine Siegelung): Und dann?	273
I. Durchsuchung und Beschlagnahme	273
II. Akteneinsicht der Parteien	275
§ 15 Bindungswirkung, Zulässigkeit einer erneuten Sicherstellung und Überprüfungsmöglichkeiten im Hauptverfahren	277
I. Unterlassener Siegelungsantrag sowie Verzicht auf die Siegelung.....	277
II. Unterlassenes oder verspätetes Entsigelungsbegehren	279
III. Rechtskräftiger erstinstanzlicher Entsigelungsentscheid.....	279
IV. Bundesgerichtlicher Beschwerdeentscheid	282
V. Einwände vor dem Sachrichter	282
§ 16 Weitere Hinweise.....	285
I. Besonderheiten im VStrR	285
II. Besonderheiten im IRSG	287
III. Besonderheiten im MStP	291
IV. Siegelung und Untersuchungshaft wegen Kollusionsgefahr.....	291
V. Varia und Kurioses	293
Sachregister	297